

RATSINFORMATIONSSYSTEM DER STADT TRIER

Auszug - Entwicklungsbereich Petrisberg Beschluss über den städtebaulichen Rahmenplan

Sitzung:	Sitzung des Stadtrates		Wortprotokoll Beschluss
TOP:	Ö 9		
Gremium:	Stadtrat	Beschlussart: ungeändert beschlossen	
Datum:	Di, 30.04.2002	Status: öffentlich/nichtöffentlich	
Zeit:	17:00 - 19:02	Anlass: ordentliche Sitzung	
Raum:	Großer Rathaussaal, Rathaus, Verw. Geb. I, Am Augustinerhof		
Ort:			
Vorlage:	502/2001 Entwicklungsbereich Petrisberg Beschluss über den städtebaulichen Rahmenplan		
Status:	öffentlich	Vorlage-Art: StR öffentlich	
Berichterstatter:	Beigeordneter Dietze		
Federführend:	Stadtplanungsamt	Bearbeiter/-in: Leist, Stefan	

Ratsmitglied Felten wies zu Beginn seiner Stellungnahme namens der CDU-Fraktion darauf hin, dass keine zwei vollen Kalenderjahre mehr bis zur Eröffnung der Landesgartenschau 2004 auf dem Petrisberg vergehen. Bis zu diesem Zeitpunkt gelte es, die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, die den Zukunftsinteressen der Stadt Trier entsprechen und die Errichtung eines Wissenschaftsparkes ermöglichen. Die heutige Vorlage beinhalte den von der Stadt Trier festgelegten städtebaulichen Rahmenplan, der an die zu gründende Entwicklungsgesellschaft zur Umsetzung weiter gereicht werde.

Der Rahmenplan umfasse in der Vorlage 502/2001 die Bereiche Verkehr, Wohnungsbau und Freiraumentwicklung. Sehr intensiv habe sich die Öffentlichkeit bereits mit diesen Problemen befassen können, nachdem die örtliche Presse öffentlich umfangreich informiert habe.

Hinsichtlich des Themenbereiches Verkehr seien die Stellungnahmen der Ortsbeiräte Trier-Kürenz, Trier-Mitte-Gartenfeld, Trier-Olewig und Trier-Tarforst eingeholt worden. Für den Stadtteil Kürenz werde seit längerer Zeit nach einer Verkehrsentslastung gesucht, um die Höhenstadtteile, das Umland der Stadt Trier und nicht zuletzt die sich ständig weiter ausdehnende Universität entsprechend anzubinden. So seien in Kürenz die sog. „Große Lösung“ aber auch die sog. „Kleine Lösung“ diskutiert und inzwischen als dritte Möglichkeit eine Tunnellösung von der Metternichstraße her ins Gespräch gebracht worden. Entsprechend dem Beschluss des Stadtrates werde derzeit die letztgenannte Variante auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft, wobei auch der Kostenaufwand ermittelt werden soll. Letzteres geschehe nicht ohne Grund, da hier der Tunnel die Bahntrasse tangiere.

Nach Vorliegen dieses Untersuchungsergebnisses werde die endgültige Beschlussfassung erfolgen. Es werde eine Lösung gefunden, die den Stadtteil Kürenz unter Schonung des jetzigen Baubestandes von der immer stärker werdenden Verkehrsbelastung befreit.

Soweit der heute zur Verabschiedung vorliegende Rahmenplan davon ausgehe, dass die Sickingenstraße dauerhaft als Verkehrsstraße aufgegeben werde, so könne dies von der CDU-Fraktion nicht uneingeschränkt

mitgetragen werden. Dazu stellte Ratsmitglied Felten als Sprecher der CDU-Fraktion klar, dass es gegen den Panoramaweg und die Anlegung eines Radweges entlang der Peripherie des Petrisberges keinerlei Einwendungen gebe. Die CDU-Fraktion könne sich aber nicht geschlossen der Festlegung der Verwaltung anschließen, dass die Sickingenstraße dauerhaft als Verkehrsstraße im oberen Bereich aufgegeben werde. Dies bedeute, dass der Verkehr von den erwähnten 3.500 Fahrzeugen in den Bereich der künftigen Wohnbebauung hineingeführt und dort durchgeschleust werde. Ein völlig neues Baugebiet mit einer derartigen Belastung anzulegen, halte ein Teil der CDU-Fraktion zumindest nicht für sinnvoll, wenn rundum in allen Orten und Stadtbereichen immer wieder die Verlagerung des Verkehrs aus den Wohnbereichen in die Peripherie gefordert werde. Die CDU-Fraktion werde hier nicht einheitlich abstimmen und beantrage deshalb getrennte Abstimmung der drei Themenbereiche.

Hinsichtlich des Themenbereiches Wohnungsbau vertrete die CDU-Fraktion die Auffassung, dass hier ein „gesunder Mix“ innerhalb der in Trier angebotenen Baugrundstücke geschaffen werden müsse. Dazu gehöre auch, dass die Grundstücke größer als die in anderen Baubereichen üblichen Areale sein sollten. Es gebe eine beachtliche Nachfrage in der Stadt Trier nach größeren Baugrundstücken und es gehe nicht an, dass Bauwillige in die Nachbargemeinden verwiesen werden müssen, weil nur dort größere Baugrundstücksflächen für die Verwirklichung des Bauvorhabens angeboten werden. Die Stadt Trier müsse einen gut durchdachten Mix von Grundstücken anbieten, der auch an der Nachfrage orientiert sein müsse. Richtigerweise müsse der Grundstücksmarkt flexibel reagieren, deshalb werde die CDU-Fraktion dem Themenbereich Wohnungsbau entsprechend der Vorlage der Verwaltung zustimmen.

Die Freiraumentwicklung berücksichtige nach der Verwaltungsvorlage die Schaffung von Grün- und Freiflächen, die Anlage von Wein- und Biergärten sowie die Sportstätten-Planung zur Versorgung des Stadtbezirkes Kürenz. Die insgesamt hier vorgesehenen Flächen, die der Naherholung vorbehalten seien, werden das künftige große Arbeits- und Wohngebiet Petrisberg aufwerten. Insgesamt stehe hier ein 81 ha großes Konversionsgelände zur Umsetzung entsprechend dem Rahmenplan bereit.

Mit der Vorlage 502/2001, so Ratsmitglied Lehnart zu Beginn seiner Stellungnahme als Sprecher der SPD-Fraktion, beschließe der Stadtrat für den Entwicklungsbereich Petrisberg die in der Begründung und im Anhang formulierten Ziele und Zwecke der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme und Eckwerte für die Durchführung der weiteren Planungsschritte.

Es seien sich wohl alle einig, dass diese Maßnahme von weitreichender Bedeutung nicht nur für die zukünftige Entwicklung des Petrisberg-Plateaus, sondern auch für die gesamte Stadt und die Region sei. Die Themenbereiche seien nicht neu, da bereits in den letzten Jahren einige wegweisende Vorentscheidungen im Stadtrat und in diversen Ausschüssen getroffen worden seien. Im Dezernatsausschuss V sei der Tagesordnungspunkt Petrisberg ein fester Bestandteil gewesen.

Der Wissenschaftspark, die Weiterentwicklung der Universität, die Landesgartenschau, der Wohnungsbau und die Verkehrserschließung seien Projekte, die unter den Prämissen hoher Qualitätsstandards und Nachhaltigkeit zügig entwickelt, umgesetzt und fortgeführt werden sollen. Deshalb sei es für Trier und die Region ein Glücksfall gewesen, dass die Stadt Trier den Zuschlag für die Landesgartenschau erhalten habe, denn ohne diese Mittel wäre eine Entwicklung des Plateaus in dieser Qualität und in diesem Zeitrahmen nicht möglich gewesen.

Qualität und Nachhaltigkeit seien für die SPD-Fraktion zwei wichtige Eckpunkte in der Entwicklungsmaßnahme Petrisberg, die auch in der Vorlage ihren Niederschlag finden. Deshalb müsse sich die Umsetzung konsequent

an den bereits in der Vergangenheit vereinbarten Zielsetzungen orientieren.

Die Zielvorgaben des städtebaulichen Rahmenkonzeptes, so die weiteren Ausführungen von Ratsmitglied Lehnart, seien im Einzelnen im Anhang zur Vorlage formuliert. Die allgemeinen Ziele dienen der Festlegung der Grenzen der verschiedenen Nutzungsflächen (Wohnungsbau, Wissenschaftspark, Erweiterung Universität, Verkehrserschließung). Hinsichtlich der Ziele für den Bereich Wissenschaftspark und Gewerbe bemerkte Ratsmitglied Lehnart, dass der höher angesiedelte Qualitätsstandard für den Wissenschaftspark sinnvoll sei. Die Zielrichtung sei mit einem hochwertigen Dienstleistungs- und Gewerbestandort mit Synergieeffekten zur Universität und Fachhochschule klar formuliert.

In Bezug auf die Ziele für den Bereich Wohnungsbau spreche sich die SPD-Fraktion klar für die Entwicklung von hochwertigem Wohnen aus, denn hier seien ebenfalls die Flächen klar ausgewiesen, könne doch in Trier z.Zt. in dieser Richtung nichts angeboten werden. Vielmehr halten die Umlandgemeinden diese Flächen vor. Ein besonderer Akzent sei die Ausweisung einer Fläche für experimentelles Wohnen. Die entsprechende Vorlage sei kürzlich erst beschlossen worden.

Die verkehrliche Erschließung, hier insbesondere die Führung der Sickingenstraße, könne nicht losgelöst von der Gesamtkonzeption diskutiert werden. Deshalb sei es nicht egal, wie die Sickingenstraße geführt werde. Sie habe aufgrund der relativ geringen Verkehrsmenge allein die Funktion als Erschließungsstraße für die Wohngebiete, den Wissenschaftspark und die Universität. Eine Straßenführung parallel zum vorgesehenen Panoramaweg sei konterkariierend zur Naherholung als ein Ziel für den Bereich der Freiraumentwicklung.

Die hier aufgeführte Lösung, so Ratsmitglied Lehnart, sei Bestandteil des Ganzen und sei das Ergebnis vieler Sitzungen, Workshops und ein elementarer Baustein nicht nur des Wettbewerbsgewinners, sondern aller am Wettbewerb zur Landesgartenschau beteiligten Büros und Planer. Die einzelnen Projekte seien inhaltlich aufeinander abgestimmt und stehen in einer funktionalen Abhängigkeit. Wenn also wichtige Elemente, wie hier die Verkehrsführung, in Frage gestellt werden, müssten nach Auffassung der SPD-Fraktion konsequenterweise die Zielsetzungen neu definiert werden und das würde eine erneute Beratung in den Gremien anhand einer inhaltlich neuen Vorlage bedeuten. Dies könne man sich jedoch aus Zeitgründen nicht leisten.

Die SPD-Fraktion bitte daher um die Zustimmung zu dieser Vorlage und dieser Zielsetzungen.

Namens der UBM-Fraktion führte Ratsmitglied Maximini aus, dass das Bekenntnis zur Mitverantwortung auch bei schwierigen Entscheidungen in der Stadtpolitik nicht bedeute, dass die UBM-Fraktion in Einzelfragen unterschiedlicher Auffassung zur Verwaltung oder zu den Fraktionen sein könne. Der zur Abstimmung stehende Beschluss und die damit verbundenen Vorgaben finden in den Zielen Wissenschaftspark, Gewerbe, hochwertige Wohnbebauung und Freiraumentwicklung die Zustimmung der UBM-Fraktion. Das Thema verkehrliche Erschließung habe jedoch einen „gravierenden Pferdefuß“, den die UBM-Fraktion so nicht mittragen könne.

Die UBM-Fraktion unterstütze auch vor dem Hintergrund der Landesgartenschau alle Bemühungen, die erforderlichen städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen zügig durchzuführen. Dies dürfe aber nicht bedeuten, die Meinung der Bürger und der Entscheidungsgremien beiseite zu schieben und mit aller Macht an der Verwaltungsmeinung festzuhalten.

Ratsmitglied Maximini verwies in der Vorlage auf den zweiten Absatz der Begründung, wonach auch Entwicklungsalternativen in den verschiedenen Bereichen in Form von Variantenuntersuchungen aufgezeigt und auf ihre Machbarkeit hin untersucht werden sollen. Bewerte man die bisherige Diskussion zum Thema

verkehrliche Erschließung, so komme man zu dem Ergebnis, dass die von der Verwaltung selbst vorgeschlagene Variantenuntersuchung in Wirklichkeit nur ein Scheinangebot oder eine theoretische Vorgabe ohne Wert sei.

Die Verwaltung habe festgelegt, dass die bisherige Widmung der Sickingenstraße als Verkehrsstraße im Interesse der Schaffung eines neuen Panoramaweges für Fußgänger und Radfahrer aufgegeben werden soll. Die UBM-Fraktion halte diese Entscheidung für einen „städtebaulichen Irrsinn“. Auch wenn fälschlicherweise behauptet werde, die Sickingenstraße werde als Schleichweg missbraucht, sei Fakt, dass derzeit täglich von Kürenz in Richtung Trier-Süd und umgekehrt rd. 3.000 bis 4.000 Fahrzeuge fahren. Eine leistungsfähige, vielbefahrene Trasse soll also geschlossen werden und auch dieses Verkehrsaufkommen soll mehrheitlich dem ohnehin schon viel zu stark belasteten Stadtteil Kürenz aufgebürdet werden.

Hier werde das Argument angeführt, dass es künftig die Anbindung Metternichstraße ins Aveler Tal gebe, so dass diese Anbindung genutzt werden könne. Ratsmitglied Maximini vertrat diesbezüglich die Auffassung, dass diese Anbindung noch einige Jahre auf sich warten lassen dürfte und dass es lebensfremd sei, anzunehmen, dass die Fahrzeuge, die bisher über die Sickingenstraße in Richtung Trier-Süd und zurück gefahren seien, diese Anbindung Metternichstraße / ins Aveler Tal künftig benutzen würden. Der Autofahrer suche verständlicherweise den kürzesten Weg und dies bedeute, von den Höhenstadtteilen in Richtung Trier-Süd durch das ohnehin gebeutelte Aveler Tal und weiter durch die sehr enge und stark befahrene Domänen- und schließlich auch Güterstraße zu fahren. Dies, so Ratsmitglied Maximini, sei Fakt und auch so von den betroffenen Ortsbeiräten gesehen worden, die geschlossen die von der Verwaltung vorgeschlagene Aufhebung der bisherigen Widmung empfohlen haben, weil die Sickingenstraße eine Ventilfunktion für das Ostviertel und damit auch für die Innenstadt habe.

Ratsmitglied Maximini hinterfragte den Stellenwert der Beratungen in den Ortsbeiräten, wenn die Verwaltung und die Parteivertreter im Stadtrat die Empfehlungen ihrer Kolleginnen und Kollegen aus den Ortsbeiräten ignorieren. Es sei nicht nur die Meinung der UBM-Fraktion, dass es sich bei dem von der Verwaltung unterbreiteten Vorschlag um einen „städtebaulichen Irrsinn“ handelt, sondern dies sei die Meinung von vier Ortsbeiräten, die jedoch von der Mehrheit dieses Rates und der Verwaltungsspitze scheinbar nicht ernst genommen werden. Dieser „städtebauliche Irrsinn“ werde noch dadurch verstärkt, dass die neue Anbindung mitten durch das neu geplante, hochwertige Wohngebiet geführt werden soll. Hier werde von der Verwaltung alle Vernunft auf den Kopf gestellt.

Während man in anderen Wohnbereichen bemüht sei, den Durchgangsverkehr möglichst aus den Wohngebieten heraus zu holen, wolle die Verwaltung in ein neues, hochwertiges Wohngebiet eine Durchgangsstraße bauen, anstatt den Durchgangsverkehr an dem Wohngebiet vorbei zu führen. Es könne doch keine zeitgemäße Stadtentwicklungspolitik sein, so die Meinung von Ratsmitglied Maximini, ein neu anzulegendes Wohngebiet durch einen neu anzulegenden Richtungsverkehr zu durchschneiden.

Da nach Auffassung von Ratsmitglied Maximini die Fachleute im Rathaus nicht so verblendet sein können, dass man einen „solchen Unsinn“ nicht auch einsehe, könne der hier zur Diskussion stehende Vorschlag zur Verkehrsführung der Sickingenstraße nur als Täuschung für die Entscheidungsgremien verstanden werden. Es spreche gegen jegliche Lebenserfahrung, dass sich die Bewohner in dem neuen, hochwertigen Wohngebiet diesen Durchgangsverkehr gefallen lassen. Die Konsequenz werde sein, dass die Verwaltung dem Stadtrat wegen der verständlichen Bürgerproteste empfehlen werde, die Sickingenstraße in seiner Gänze für den Durchgangsverkehr zu sperren. Eine Absicht, die die Fachleute im Rathaus nach Einschätzung der UBM-Fraktion längst im Hinterkopf haben, aber bisher der Mut gefehlt habe, dies bereits heute offen zu

fordern. Fraglich sei, ob dies noch eine glaubwürdige Kommunalpolitik sei.

Ratsmitglied Maximini wollte festgestellt wissen, dass diese Vermutung keine Spekulation der UBM-Fraktion sei, da es sich hier um eine alleinige Erschließungsstraße handele. Im Übrigen, so die weiteren Ausführungen von Ratsmitglied Maximini, habe Oberbürgermeister Schröer vor der Sitzung der UBM-Fraktion „die Katze aus dem Sack gelassen“ und sinngemäß bestätigt, dass es die Absicht der Verwaltung sei, die Sickingenstraße möglichst schnell für den Durchgangsverkehr zu sperren.

Dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am liebsten alle Straßen in der Stadt Trier für den Kraftfahrzeugverkehr sperren würde, könne man aufgrund ihrer ideologischen Weltanschauung verstehen, so Ratsmitglied Maximini. Er zeige insofern vor der Haltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Respekt. Dass aber die beiden anderen Fraktionen vermutlich mehrheitlich aus parteipolitischer Rücksichtnahme gegenüber den von ihr gestellten Stadtvorstandsmitgliedern die Bürgermeinung einfach ignorieren, bezeichnete Ratsmitglied Maximini als bedenklich. Das einstimmige Votum von vier Ortsbeiräten zähle nicht mehr und es sei fraglich, wie sich die Ortsbeiratsmitglieder vorkommen müssen, wenn ihre Meinung selbst bei den eigenen Fraktionsmitgliedern nicht mehr zähle.

Mit großer Sorge beobachte die UBM-Fraktion, dass die Verwaltungshörigkeit bei einigen Kolleginnen und Kollegen allmählich bedrohliche Formen annehme.

Die UBM-Fraktion teile die Auffassung der vier Ortsbeiräte und vieler Benutzer, dass die Sickingenstraße in der heutigen Trassierung erhalten bleiben soll, wobei nach dem Verständnis der UBM-Fraktion der Straßenbelag sogar noch verbessert werden müsste. Parallel zu dieser Straße könne durchaus auch der von der UBM-Fraktion begrüßte Panoramaweg für Fußgänger und Radfahrer geplant und auch gebaut werden. Nach Überzeugung der UBM-Fraktion sei es nicht erforderlich, dass die bisherige Widmung der Sickingenstraße als Verkehrsstraße im Interesse der Schaffung eines neuen Panoramaweges aufgehoben werde. Sowohl eine funktionsfähige Verkehrsstraße entlang des Neubaugebietes - nicht mitten durch das neue Wohngebiet - als auch einen Panoramaweg halte die UBM-Fraktion für möglich.

Die Entwicklung eines hochwertigen Dienstleistungs- und Gewerbestandortes mit dem Schwerpunkt Wissenschaftspark und die Entwicklung hochwertiger Wohngebiete machen unbedingt eine vernünftige Verkehrsführung erforderlich. Dazu gehöre eine verbesserte ÖPNV-Anbindung, aber auch eine bestmögliche Straßenanbindung.

Aus den vorgenannten Gründen stellte die UBM-Fraktion den Antrag, die bisherige Widmung des an den Entwicklungsbereich angrenzenden Abschnittes der Sickingenstraße nicht aufzuheben, sondern es wegen der bewährten Ventilfunktion bei der bisherigen Trassenführung zu belassen.

Mit diesem Antrag, so Ratsmitglied Maximini, habe sich möglicherweise der Antrag der CDU-Fraktion auf getrennte Abstimmung erübrigt.

Ratsmitglied Maximini sprach nachfolgend noch einen weiteren „Knackpunkt“ der Vorlage an. Der UBM-Fraktion erscheine der Hinweis in der Anlage 1, Abschnitt „Verkehrliche Erschließung“, wonach für den Stadtteil Kürenz eine Entlastung durch Schaffung einer neuen Verbindung zwischen Aveler Tal und Metternichstraße angestrebt werde, als zu unverbundlich. Das Wort angestrebt bedeute lediglich eine unverbindliche Willenserklärung. Es sei nicht nur die Sorge der UBM-Fraktion, dass nach der Landesgartenschau das Interesse an dieser Verbindung nachlasse, sondern auch die Kürenzer Bürger haben die Sorge, dass die Verwaltung die jahrelang Benachteiligten aus den alten Stadtteilen wieder einmal „im Regen stehen lasse“. Noch am 25.04.2002 habe ein besorgter Bürger in einem Leserbrief im Trierischen Volksfreund zum Ausdruck gebracht, dass er „von der Verwaltung für dumm verkauft“ würde.

Diese Sorge hätte nach Auffassung von Ratsmitglied Maximini ausgeräumt werden können, wenn die Verwaltung auf die diesbezüglichen skeptischen Reaktionen in den letzten Wochen aus der Bürgerschaft einmal reagiert und unmissverständlich klar gestellt hätte, dass die Anbindung tatsächlich gewollt sei und die beschlossenen Untersuchungsmaßnahmen keine Beruhigungsspielle bis zum Ende der Landesgartenschau seien.

Ratsmitglied Maximini formulierte die Bitte, die Sorgen und Bedenken der Bürger ernster zu nehmen und das in der Vorlage aufgeführte Wort „anstreben“ verbindlicher zu formulieren wie z.B.: „Für den Stadtteil Kürenz ist hierbei eine Entlastung durch Schaffung einer neuen Verbindung zwischen Aveler Tal und Metternichstraße unabdingbar zwingende Voraussetzung, wobei der Stadtvorstand zusagt, sich um eine schnellstmögliche Realisierung zu bemühen.“

Nach Auffassung der UBM-Fraktion müsse ein räumlich verbindliches Gesamtkonzept und die geforderte Verbindlichkeit eigentlich im Interesse von Rat und Verwaltung liegen.

Ratsmitglied Dr. Atzberger ging zu Beginn seines Redebeitrages, den er namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgab, auf die Worte von Ratsmitglied Maximini ein, die zumindest in Teilen die offensichtlich vorliegenden Missverständnisse deutlich machen.

Es sei sicherlich „gefährlich“ für die UBM-Fraktion, in verstärktem Maße mit den Ortsbeiräten zu argumentieren. Das Abstimmungsverhalten der Ortsbeiräte sei bekannt und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe dabei das Gefühl, dass die Thematik nicht in Gänze verstanden worden sei. Wenn man dem Willen der Ortsbeiräte folge, sei fraglich, was von der heutigen Sickingenstraße bestehen bleibe. Fraglich sei auch, ob alle die künftige Verkehrsführung realisiert haben. Viele, die heute die Sickingenstraße nutzen, werden diese künftig – vorausgesetzt die Vorstellungen des Ortsbeirates würden durchgesetzt – nicht mehr nutzen.

Nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen soll es sich künftig um eine Wohnsammelstraße handeln. Natürlich sei es nicht eine Durchgangsstraße im klassischen Sinn, sondern sie habe allenfalls die Funktion, die dort entstehenden Verkehre aufzunehmen und abzuleiten.

Ratsmitglied Dr. Atzberger erwähnte weiterhin die von Ratsmitglied Maximini angesprochene Anbindung Kürenz / Südstadt. Die Anwohner der Straße Am Weidengraben können weiterhin diese Trasse nutzen, aber dass sie durch die Domänenstraße in die Süd-Stadt fahren, könne man sich nicht vorstellen. Unklar sei zudem noch, ob nicht eine Orientierung in Richtung Tarforst erfolge.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei immer klar gewesen, dass die Sickingenstraße höchstens die Funktion haben könne, die dort entstehenden Verkehre aufzunehmen und abzuleiten, aber niemals die Funktion, die Reststadt zu entlasten. Angenommen der Stadtteil Kürenz würde um 300 Autos pro Tag entlastet, so wäre eine Verbesserung kaum messbar. Insofern, so Ratsmitglied Dr. Atzberger, mache es keinen Sinn, dieser Argumentation zu folgen.

Bisheriger Konsens im Rat und in den Ausschüssen sei es gewesen, Naherholungsraum mit einmaligen Qualitäten zu schaffen. Der Petrisberg sei bereits ein schönes Gelände, welches durch die Landesgartenschau noch eine Aufwertung erfahre.

Ein weiterer Konsens habe bezüglich des Wissenschaftsparkes als Arbeits- und Ausbildungsstätte bestanden. Dabei sei immer wieder argumentiert worden, dass im nahen Umfeld eine gute Wohnqualität erreicht werden müsse.

Ratsmitglied Dr. Atzberger bemerkte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „einige Kröten habe schlucken müssen“, um diese beiden Ziele mittragen und durchsetzen zu können. Die Wohnbebauung werde von der

Fraktion nur insoweit mitgetragen, als sie zur Finanzierung bzw. Subventionierung dringend notwendig sei. Jedoch könne die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine mögliche Gewinnmaximierung der Einlage der einzelnen Gesellschafter nicht mittragen. Sogar die Sichtschneisen seien von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als Kompromiss mitgetragen worden, der im Sinne des Gesamtprojektes habe eingegangen werden müssen.

Der in den vorgenannten Punkten bestehende Konsens werde nun von der UBM-Fraktion einseitig und sehr spät aufgebrochen. Zu der diesbezüglichen, von Ratsmitglied Maximini angeführten Argumentation der geringeren Lärmbelastigung bemerkte Ratsmitglied Dr. Atzberger, dass die Lärmbelastigung bei einem Ausbau der Straße sogar noch ansteigen werde. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vertrete die Auffassung, dass die Straße im Sinne der Lärmminimierung eben nicht als Durchgangsstraße ausgebaut, sondern als Wohnsammelstraße mit entsprechender Temporeduzierung durch das Wohngebiet führen soll, wo dann bereits die Anwohner für das Einhalten der Temporeduzierung sorgen werden.

Hinsichtlich der von Ratsmitglied Maximini angesprochenen Verkehrsentslastung für Kürenz bemerkte Ratsmitglied Dr. Atzberger, dass es keinen Sinn mache, den Verkehr von einer Straße auf die andere umzulegen. Nach seiner Auffassung sollte ein Investitionsprogramm für den ÖPNV vorgelegt werden, dann würde auch Kürenz eine Verkehrsentslastung erfahren.

Im Übrigen sei der Argumentation von Ratsmitglied Maximini entgegen zu halten, dass die Vorgehensweise von Fachleuten vorgeschlagen worden sei. Im Rahmen der Vorstellung der Konzeptionsentwürfe habe eine zweitägige Diskussion in Bezug auf alle Vorschläge ergeben, dass die Sickingenstraße verlegt werde.

Abgesehen von der zusätzlichen Lärmbelastigung bei der von Ratsmitglied Maximini vorgeschlagenen Lösung verliere auch der Panoramaweg entscheidend an Qualität. Fraglich sei weiterhin, was mit der Allee geschehen würde, wenn die Vorstellungen von Ratsmitglied Maximini verwirklicht würden. Die Straße in der jetzigen Breite könnte nicht ausgebaut werden, ohne dass Teile des Baumbestandes darunter leiden.

Insofern sprechen viele Argumente dafür, den Vorstellungen der Verwaltung Folge zu leisten.

Oberbürgermeister Schröder wies die Darstellung von Ratsmitglied Maximini zurück, wonach er vor einer Sitzung der UBM-Fraktion gesagt haben soll, dass der Stadtvorstand die Absicht habe, möglichst schnell die Sickingenstraße für den Durchgangsverkehr zu schließen. Der Vorsitzende stellte klar, dass er anhand eines Planes die Verkehrsführung aufgezeigt und dargestellt habe, dass mit dem unterbreiteten Vorschlag dem Wunsch Rechnung getragen worden sei, eine Durchlässigkeit sicherzustellen. Die Schließung dieses Bereiches sei nie im Stadtvorstand thematisiert worden. Als sich der Stadtvorstand mit dem Votum der Ortsbeiräte beschäftigt habe, sei von Beginn an klar gewesen, dass man diesem Votum Folge leiste, indem die Durchlässigkeit sichergestellt werde. Genau dieser Vorschlag sei in der Verwaltungsvorlage enthalten.

Oberbürgermeister Schröder führte weiterhin aus, dass er auf den Einwand von Bürgern hin, dass die Straße bei der erst besten Gelegenheit geschlossen werde, darauf hingewiesen habe, dass dies nichts mit der Lage der Straße zu tun habe. Wenn politisch gewollt sei, eine Straße zu schließen, dann könne sie unabhängig von der Lage der Straße geschlossen werden. Der Vorsitzende betonte noch einmal, dass er selbst nie geäußert habe, dass es Absicht der Verwaltung sei, die Straße schnellstmöglich zu schließen.

Oberbürgermeister Schröder stellte weiterhin klar, dass die Ortsbeiräte nicht übergangen worden seien. Vielmehr habe eine intensive Diskussion stattgefunden, bei der eine Schließung nie thematisiert worden sei. Die Durchlässigkeit sei zentraler Diskussionspunkt gewesen, wobei immer klar gestellt worden sei, dass diese Straße die Qualität einer Wohnerschließungsstraße habe wie sie es in vielen Stadtteilen in Trier gebe. Durch die neue Verkehrsführung gebe es eine Anbindung an die Kohlenstraße, bei der auch die Durchlässigkeit gewährleistet sei.

Der Vorsitzende bemerkte weiterhin, dass die Rede von Ratsmitglied Maximini von tiefem Misstrauen durchsetzt sei. Dies sei insbesondere an der Aussage hinsichtlich der Verbindlichkeit der Beschlüsse des Stadtrates in Bezug auf die Metternichstraße als Entlastungsstraße festzustellen. Oberbürgermeister Schröer wies darauf hin, dass der Stadtrat in seiner Sitzung am 19.03.2002 auf Vorschlag von Ratsmitglied Maximini beschlossen habe, dass „die Verwaltung hinsichtlich der Anbindung Metternichstraße ins Avelertal der Planung und Realisierung der Baumaßnahme einen schnelleren und höheren Stellenwert einräumen möge, damit zumindest bis zu Beginn der Landesgartenschau eine verbindliche Zeitvorgabe zur Realisierung vorliegt. Die Planungen sind unverzüglich zu realisieren und es ist nicht erst bis Ende 2003 zu warten.“ Der Stadtrat habe dies beschlossen und es sei die Aufgabe der Verwaltung, dies umzusetzen. Heute könne zwar erneut eine Beschlussfassung erfolgen, aber dies wäre dann ein drittes Mal festgelegt.

Der Rahmenplan sei für die Stadt Trier insgesamt eine wichtige Entscheidung. Der Vorsitzende betonte, dass es deshalb sachlich notwendig sei, sich um eine richtige Lösung zu bemühen und darüber zu diskutieren. Dies geschehe bereits seit einigen Wochen. Er selbst habe sich auch dieser Diskussion gestellt. Ratsmitglied Maximini habe eine sachlich andere Bewertung vorgenommen. Dies sei zu akzeptieren, der Stadtvorstand vertrete jedoch eine andere Auffassung.

Die Ortsvorsteherin des Ortsbezirkes Trier-Mitte-Gartenfeld, Frau Kuhner, wies ausdrücklich die Anmerkungen von Ratsmitglied Dr. Atzberger zurück, wonach die Ortsbeiratsmitglieder nicht in der Lage seien, nach einer Unterrichtung durch den Baudezernenten und dem Lesen der Vorlagen die Sachverhalte zu durchschauen und zu besprechen. Jeder Ortsbeirat bestehe aus gewählten Mitgliedern, die dieselben Qualifikationen aufweisen, wie die gewählten Stadtratsmitglieder. Damit seien sie durchaus in der Lage, über die Dinge zu befinden.

Außerdem bezeichnete Frau Kuhner es als falsch, wenn Herr Dr. Atzberger davon spreche, dass in den Gremien dieser Konsens nie in Frage gestellt worden sei. Von der ersten Sitzung an haben der Ortsvorsteher von Trier-Kürenz und sie sich gegen diese Trassenführung ausgesprochen.

Frau Kuhner wies abschließend darauf hin, dass in der Anlage 2 zur Vorlage bezüglich des Themenbereichs Verkehr die Aussagen der Ortsbeiräte Olewig und Mitte vertauscht seien.

Beigeordneter Dietze bemerkte, dass eine mögliche Vertauschung der Stellungnahmen keine inhaltlichen Auswirkungen habe.

Der Baudezernent wies darauf hin, dass lediglich die Anlagen 1 und 3 Bestandteil des Beschlusses seien, hingegen sei Anlage 2 mit den Erläuterungen und Darstellungen der Ortsbeiräte nicht Bestandteil des Beschlusses. Von den Ortsbeiräten werde oftmals davon gesprochen, dass die Straße nicht geschlossen und die Trassierung nicht geändert werden soll. Die heute zur Beschlussfassung anstehende Vorlage beinhalte, dass die Sickingenstraße - die Verbindung aus dem Bereich Kohlenstraße bis Richtung Gartenfeld / Olewig - die gleiche Verkehrsfunktion wie bisher behalte. Sie erhalte nur in einem Teil der Trasse eine neue Trassenführung. Nun könne man sich darüber streiten, so Beigeordneter Dietze, ob die neue Trasse nicht noch besser sei als die alte. Zumindest sei der Anschluss an der Kohlenstraße über den Kreisel viel bequemer als bisher die Einmündung in die Franzosensiedlung bzw. Pluwiger Straße. Außerdem werde die Straße in großen Teilen neu trassiert.

Zur Thematik Wohnsammelstraße bemerkte der Baudezernent, dass es eine solche in allen größeren Wohngebieten gebe. Die Größenordnung hinsichtlich der Anzahl der Fahrzeuge werde sich aus der Struktur des Gesamtgebietes ergeben. Die Straße soll von demjenigen benutzt werden, der sie nutzen möchte und es gehe nicht darum, ein neues Angebot vorzuhalten, um zusätzlichen Verkehr anzuziehen.

Die Verwaltung vertrete die Auffassung, dass damit dem Votum der Ortsbeiräte entsprochen worden sei, weil die Frage des Verlaufs einer Straße nicht Beschlussgegenstand eines Ortsbeirates sein könne, der an anderer Stelle vom Verkehr betroffen sei. Durchaus sollten sich die benachbarten Ortsbeiräte mit der Verkehrsfunktion

befassen, jedoch nicht mit der Frage, wo nun eine Straße im einzelnen trassiert sei.

Beigeordneter Dietze stellte fest, dass die Frage der Schließung nicht Gegenstand des Beschlussvorschlages der Verwaltung sei, sondern im Ausschuss sei offen über die Gesamtverkehrsfrage diskutiert worden mit dem Ergebnis, dass die Schließung ein Extremmodell sei. Nach ausführlicher Diskussion im Ausschuss sei der Vorschlag erarbeitet worden, der auch den Ortsbeiräten vorgelegt worden sei. Nach den Beratungen in den Ortsbeiräten sei eine Modifizierung insofern erfolgt, als eine neue Trasse vor dem Wetteramt wieder einmünde in die alte Trasse und nicht, wie nach den ursprünglichen Planungen, von hinten her geführt werde.

Der Baudezernent merkte an, dass in der vorbereitenden Stadtratssitzung am 17.04.2002 das Thema Anschluss Metternichstraße besprochen worden sei. Die Anlage 2 zur Drucksache-Nr. 502/2001 habe unter Punkt 1.1 das vom Rat Beschlossene mit aufgenommen. Wichtig sei, dass der Rahmenplan Grundlage ist für die Bauleitpläne, die sich derzeit in der Vorbereitung befinden. Der Stadtrat werde noch mit den Details dieser Planungen befasst werden. Zunächst aber werde der Rahmenplan benötigt, um eine Gesamtorientierung zu erhalten, da ansonsten der gesamte Planungsprozess innerhalb dieser Zeit und mit diesen vielen Vernetzungen nicht gesteuert werden könne.

Beigeordneter Dietze unterstrich die Aussage, dass eigentlich mit dem Gebiet die große Chance bestehe, als allgemeines Ziel eine nachhaltige Entwicklung eines neuen Stadtteils mit den Nutzungsschwerpunkten Wissenschaftspark, Wohnungsbau, Universitätserweiterung und Freiraumentwicklung / Naherholung zu verfolgen. Mit dem vorgeschlagenen Konzept können eben diese Ziele in der zeitlichen Abfolge umgesetzt werden.

Ratsmitglied Maximini bemerkte, dass es sich der Baudezernent mit seiner Argumentation zu einfach mache. Er sage zwar zu Recht, dass nicht die Schließung der Straße beschlossen werde, aber Fakt sei doch, dass es in einem hochwertigen Baugebiet ein unmöglicher Zustand sei, dass ca. 3.000 bis 4.000 Autos durch dieses Wohngebiet fahren. Es wäre realistischer, das Durchschneiden des Wohngebietes zu vermeiden und stattdessen eine Umgehung zu planen. Dieser Bereich könne auch nicht mit Mariahof oder anderen Stadtteilen verglichen werden. Es handele sich um einen Durchgangsbereich und nicht um eine Sackgasse wie bspw. in Mariahof. Eine Wohnerschließungsstraße schließe nach dem Verständnis der UBM-Fraktion Durchgangsverkehr aus.

Ratsmitglied Maximini betonte hinsichtlich der Verkehrsanbindung noch einmal den Wunsch, eine verbindlichere Formulierung in der Vorlage aufzunehmen.

Oberbürgermeister Schröer bemerkte, dass die Wohnerschließungsstraße offensichtlich unterschiedlich interpretiert werde. Für die Verwaltung sei von Anfang an klar gewesen, dass es sich nicht um eine Entlastungsstraße handelt.

Ratsmitglied Lehnart teilte seine Auffassung mit, wonach die Vorlage qualitativ mehr beinhalte als lediglich die Verkehrserschließung.

Die SPD-Fraktion habe keine Verwaltungsmeinung „nachgeplappert“, auch handele es sich nicht um „städtebaulichen Irrsinn“, wenn mehrfach in Workshops und unter fachlicher Begleitung von externen Städteplanern diese Lösungen vorgeschlagen wurden.

Die Funktion der Sickingenstraße sei klar definiert, um in Zukunft Missverständnisse auszuschließen. Auch die Meinungen der Ortsbeiräte sprechen nicht gegen den Erhalt der Sickingenstraße.

Ratsmitglied Lehnart bemerkte weiterhin, dass es nicht sinnvoll sei, den Rahmenplan zu zerpfücken und einzelne Elemente herauszutrennen und einzeln zur Abstimmung zu stellen.

Nachfolgend erkundigte sich Ratsmitglied Lehnart zu den Konsequenzen für die übrigen Bereiche und das Konzept insgesamt, wenn die Verkehrsführung so verlaufen würde, wie sie teilweise vom Rat gewünscht werde.

Diese Frage, so Beigeordneter Dietze, sei im Konsens diskutiert worden. Die Funktionsfähigkeit der jetzt vorgeschlagenen Trasse sei identisch mit der bisherigen. Eine Konsequenz wäre, so die weiteren Ausführungen des Baudezernenten, dass eine ganz wertvolle Zielsetzung, nämlich den Natur- und Freiraum frei vom Verkehr an der Hangkante zu lassen, nicht mehr erfüllt werden könnte. Der Lärm, der an der Hangkante entstehen würde, würde aufgrund der Windrichtung insbesondere bei aufsteigenden Winden ins Wohngebiet hinein drücken. Auch bei dieser Trassenführung sei ein Teil der Grundstücke stärker vom Lärm belastet als andere. Anzumerken sei hierbei, dass es sich nur um 3.000 Fahrzeuge über den ganzen Tag verteilt handle, gegenüber 21.000 Fahrzeugen in der Straße Avelsbacher Tal. Insofern handle es sich um eine sehr geringe Verkehrsbelastung.

Ratsmitglied Jaeger erkundigte sich hinsichtlich des Panoramaweges als zukünftige Straße - sofern ein solcher Beschluss heute gefasst werde – zu den Auswirkungen auf die Landesgartenschau. Nach Auffassung von Ratsmitglied Jaeger sei der Panoramaweg Inhalt der Landesgartenschau. Dies würde in der Konsequenz bedeuten, dass im Nachhinein die gesamte Geländetrassierung, die bereits vorgenommen wurde, wieder zurück gebaut und die alte Trassenführung wieder hergestellt werden müsste.

Beigeordneter Dietze bemerkte, dass theoretisch eine Möglichkeit darin bestünde, den Panoramaweg aufzuheben und für den Verkehr frei zu geben. Aber auf jeden Fall müsse man wegen der Höhenentwicklung - die Bergabführung der Sickingenstraße sei nicht mehr vorhanden - im Wissenschaftspark ein Stück zurück gehen, weil an dieser Stelle die entsprechende Hangkante sei. Damit wäre vom Grunde her ein teilweiser Rückbau erforderlich, was jedoch nicht dem Prinzip der Nachhaltigkeit entsprechen würde.

Ratsmitglied Maximini formulierte nachfolgend seine bisherigen Ausführungen als Änderungsantrag zur Anlage 1, Seite 2, Verkehrliche Erschließung, Absatz 5:

„Die bisherige Widmung der an den Entwicklungsbereich angrenzenden Abschnitte der Sickingenstraße wird nicht aufgehoben, sondern wegen der bewährten Ventilfunktion soll an der bisherigen Trassenführung festgehalten werden.“

Diesen Änderungsantrag lehnte der Stadtrat bei 16 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung ab.

Der Stadtrat beschloss bei 37 Ja-Stimmen und 13 Stimmenthaltungen:

Die für den Entwicklungsbereich „Petrisberg“ in den Anlagen 1 und 3 dieser Vorlage dargestellten Vorgaben werden als Ziele und Zwecke der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme und Eckwerte für die Durchführung der weiteren Planungsschritte beschlossen.